

(A)

(C)

48. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 16. Juni 2010

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Einen schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss.**

(B) Das Wort für die einleitende fünfminütige Berichterstattung hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Kabinett hat sich heute mit den Schritten der Umsetzung eines Sonderprogramms beschäftigt, das einem bildungspolitischen Schwerpunkt der Bundesregierung dient, nämlich Jugendliche, die in der Gefahr sind, keinen Schulabschluss zu machen, besser zu fördern und zu begleiten. Damit wollen wir, wie wir es uns zwischen Bund und Ländern vorgenommen haben, Sorge dafür tragen, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss macht.

Das Programm basiert auf gemeinsamer Arbeit, auf einem Konzept, das von Bund und Ländern verabschiedet worden ist. Bereits beim Dresdner Bildungsgipfel gab es den Auftrag, ein solches Konzept zu erarbeiten. Dem Konzept liegt die Analyse zugrunde, dass die größten Probleme im Bildungssystem in den Übergängen stecken, in diesem Fall in dem Übergang von der Schule in die Ausbildung. Deshalb auch der Begriff „Abschluss und Anschluss“: Es geht darum, Sorge dafür zu tragen, dass Jugendliche, die sich mit dem Schulabschluss schwertun, die für eine Ausbildung keine ausreichenden Leistungen nachweisen können, nicht einfach weiter zur Schule geschickt werden; darüber ist in diesem Hohen Hause mehrfach diskutiert worden. Diese Jugendlichen bekommen künftig eine individuelle Unterstützung.

Wir führen mit diesem Programm Erfahrungen mit unterschiedlichen Instrumenten zusammen. Dazu gehört die sogenannte Potenzialanalyse in Klasse 7, also zu einem frühen Zeitpunkt, nicht erst kurz vor dem Abschluss. Es handelt sich nicht um eine Analyse der Schwächen, sondern um eine Analyse der Stärken, des Potenzials des jeweiligen Schülers und der jeweiligen Schülerin. Auf dieser Grundlage wird ein individuelles Förderprogramm vereinbart.

(D) Dazu gehört insbesondere die Berufsorientierung. Bei Modellversuchen hat sich herausgestellt, dass Jugendliche, die in unterschiedlichen Berufsfeldern Erfahrungen sammeln können, eine Ermutigung für weiteres Lernen erfahren. Ebenfalls dazu gehört die Begleitung durch den Berufseinstiegsbegleiter bis in das erste Ausbildungsjahr hinein. Wir werden noch im Laufe des Jahres zunächst insgesamt 500 Stellen für Berufseinstiegsbegleiter schaffen; im kommenden Jahr folgen weitere 700 Stellen; 1 000 solcher Stellen sind bereits geschaffen. Mit Blick auf die Begleitung von Jugendlichen im ersten Ausbildungsjahr werden zusätzlich ehrenamtlich tätige Begleiter eingesetzt werden, von denen sich jeder um einen einzigen Jugendlichen kümmert. Hier ist vor allen Dingen an Jugendliche mit einem außerordentlich schwierigen Umfeld, aus schwierigsten familiären Verhältnissen gedacht, also kurz gesagt an Jugendliche, die kaum einen Erwachsenen an der Seite haben, der sie in dieser außerordentlich wichtigen Phase begleitet.

Alle Experten – wir haben mit vielen Experten darüber diskutiert, vor allen Dingen von der Bundesanstalt für Arbeit und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales – sind davon überzeugt: Das ist eine neue Qualität im Übergangssystem, weil ein stark personaler Faktor hinzukommt, weil sich die Jugendlichen damit in einem Prozess der Begleitung befinden, durch den ihnen eine individuelle Beratung ermöglicht wird.

Die Maßnahme kann im November starten. Das Kabinett hat heute die Freigabe der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit beschlossen. Ich bin davon überzeugt, dass damit ein erster zentraler Schritt getan ist, um das Übergangssystem neu zu ordnen. Sowohl das Arbeitsministerium und das Bil-

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) dungsministerium als auch andere beteiligte Ministerien wie das Familienministerium werden sich auf dieser Grundlage an die Arbeit machen, die bestehenden Maßnahmen zu analysieren, um darauf basierend das Übergangssystem in der nächsten Zeit deutlich wirksamer zu gestalten, im Sinne der Jugendlichen und im Sinne einer früher beginnenden Ausbildung. Das ist besonders bedeutsam, weil wir aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren dafür Sorge tragen müssen, dass jeder Jugendliche für eine Ausbildung zur Verfügung steht.

Letzter Satz: Diese Maßnahme wird uns helfen, dem Ziel, die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss deutlich zu senken, bis es am Ende keinen Jugendlichen mehr ohne Abschluss gibt, und für jeden Jugendlichen die Möglichkeit zu schaffen, in Ausbildung zu kommen, Rechnung zu tragen.

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Die erste Frage stellt der Kollege Rupprecht.

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):

- Frau Ministerin, wir finden den Ansatz hervorragend, weil wir der festen Überzeugung sind, dass das Übergangssystem verbessert werden muss. Diesen Ansatz systematisch und flächendeckend zu gestalten, ist der richtige Weg. Hierzu gibt es einzelne Initiativen vor Ort. Manche Länder werden aktiv, manchmal sind es auch kleinere Regionen. Meine Frage ist: Wie wollen Sie die Subsidiarität gewährleisten? Wie wollen Sie die regionalen Initiativen ergänzen und in das Gesamtkonzept integrieren?
- (B)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Die Verzahnung wird auf unterschiedliche Weise geschehen. Der erste wichtige Schritt war, das Konzept gemeinsam mit den einzelnen Ländern zu erarbeiten. Zweitens ist bei der Auswahl der Schulen, die in das Programm aufgenommen werden, darauf zu achten, dass dort, wo bereits gut funktionierende Maßnahmen existieren, keine weiteren eingeführt werden, um Doppelmaßnahmen zu vermeiden. Vielmehr soll man sich auf die Schulen konzentrieren, die bislang an keinem vergleichbaren Programm teilnehmen. Drittens bleibt es nicht bei der angekündigten Maßnahme. Sie ist prototypisch für die neue Art, wie wir mit dem Übergangssystem umgehen wollen, mit dem Ziel, dass an anderer Stelle auch andere Maßnahmen gebündelt werden. Das soll gemeinsam mit den Ländern, gemeinsam mit den Kammern entstehen, sodass ein konsistentes und über die 16 Länder hinweg vergleichbares System der Förderung zustande kommt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die nächste Frage stellt der Kollege Brase.

Willi Brase (SPD):

(C)

Frau Ministerin, wir begrüßen die Absicht, den Bereich des Übergangssystems neu zu ordnen. Ich möchte aber wissen, ob wir Sie richtig verstanden haben. Vor Wochen hatten Sie vorgeschlagen, Berufsbildungslotsen einzusetzen; in Ihren heutigen Ausführungen wurde jedoch deutlich, dass es bei der Berufseinstiegsbegleitung bleibt, die es schon etwas länger gibt und die über den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit finanziert wurde. Ist das die Weiterentwicklung des Konzeptes zur Berufseinstiegsbegleitung des BMAS in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit?

Haben Sie im Kabinett auch darüber gesprochen, was man mit den jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren – circa 1,5 Millionen – machen will, die keinen Berufsabschluss bzw. keinen Hauptschulabschluss haben? Es gibt eine Menge von Menschen in unserem Land, die keinen vernünftigen Abschluss haben. Gibt es für sie Perspektiven?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege Brase: Es handelt sich nicht um ein verändertes Konzept. Es ist das Konzept, das ich vor einigen Wochen in Grundzügen vorgestellt habe. Was die Begriffe „Berufseinstiegsbegleitung“ und „Bildungslotse“ angeht, so haben wir uns auf die erste Bezeichnung geeinigt. Letztendlich ist die Rolle aber die eines Bildungslotsen – genau darum geht es –, denn es wird sehr viel früher begonnen; nicht nur der Berufseinstieg, sondern bereits der Weg zum Schulabschluss spielt eine zentrale Rolle. Es geht darum, früher Schwierigkeiten und Potenziale zu erkennen. Ich glaube, psychologisch gesehen ist es für Jugendliche sehr wichtig, nicht am Ende der Schulzeit aufgrund festgestellter Schwäche irgendwohin geschickt zu werden, sondern zwei, drei Jahre früher aufgrund von festgestelltem Potenzial eine gezielte Förderung zu erhalten. Entsprechend werden die Mittel dafür aus dem Bildungsressort der Bundesagentur, die im Sinne eines Projektträgers tätig wird, zur Verfügung gestellt. Wir sind davon überzeugt, dass in diesem Bereich niemand so viel Erfahrung hat wie die Bundesagentur.

(D)

Der Unterschied zwischen der bisherigen und der heutigen Situation ist, dass wir mit diesem Konzept in Modellversuchen bereits Erfahrungen gesammelt haben und jetzt in die Fläche gehen. Wenn ich das einmal in Zahlen ausdrücken darf: Wir haben in Deutschland etwa 5 500 Hauptschulen; dazu kommt die Gruppe der Förderschulen. Das sind die Schulen, die im Wesentlichen angesprochen werden. Am Ende können mindestens 2 000 Schulen in dieses Programm aufgenommen werden. Bekanntlich gibt es viele kleine Standorte, die nicht wirklich mit diesem Problem zu kämpfen haben. Also geht es um die Konzentration auf das, was wir häufig als soziale Brennpunkte ansehen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Selbstverständlich haben wir auch die von Ihnen genannte Gruppe im Blick. Sie wissen, dass wir an mehreren Stellen versuchen, Verbesserungen zu erreichen. Das bezieht sich nicht auf dieses

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) Programm, sondern vor allen Dingen auf Angebote, die im Kontext der Weiterqualifizierung und der überbetrieblichen Werkstätten eine Rolle spielen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch da in den nächsten Jahren deutliche Fortschritte erzielen können. Auch diese Gruppe bedarf nicht nur dringend der Qualifizierung, sondern es muss auch dafür gesorgt werden, dass sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Alpers ist die nächste Fragestellerin.

Agnes Alpers (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich möchte daran gleich anschließen. Wir haben nicht nur die 1,5 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss aus dem letzten Jahr und aus 2008, sondern inzwischen schon mehr. Laut einer *dpa*-Pressemitteilung von gestern wird davon ausgegangen, dass in den nächsten 15 Jahren mindestens 1,3 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keinen Ausbildungsplatz haben werden. Mit Ihrem Programm wollen Sie zwar früher ansetzen. Aber wenn davon ausgegangen wird, dass die Zahl von 1,3 Millionen Jugendlichen nicht unterschritten wird, frage ich mich: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Bildung wirklich von sozialer Herkunft zu entkoppeln? Wie wollen Sie gewährleisten, dass all diejenigen, die sich schon jetzt im Übergangssystem befinden, sehr schnell in Ausbildung kommen? Bei Hauptschülern dauert das normalerweise mindestens zwei Jahre; jeder vierte Hauptschüler hat nach vier Jahren immer noch keinen Ausbildungsplatz. Wie wollen Sie perspektivisch all diese jungen Menschen eingliedern? Ihr Programm ist vielleicht ein kleiner Anfang. Ich denke aber nicht, dass es ausreicht, um das Problem grundsätzlich in den Griff zu bekommen.

(B)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das Programm, das ich Ihnen vorgestellt habe, konzentriert sich in der Tat auf eine Gruppe von Schülern, bei denen sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass sie am meisten gefährdet sind, ohne Schulabschluss zu bleiben. Vor einigen Jahren waren dies noch um die 80 000 Schüler pro Jahr. Die Zahl derer, die keinen Schulabschluss machen, ist gesunken. Sie liegt jetzt – wenn ich das letzte Jahr zur Grundlage nehme – bei ungefähr 60 000. Auf diese Gruppe bezogen ist dieses Programm angelegt.

Die Fragen, die Sie aufwerfen, beziehen sich auf den Ausbildungspakt. In der letzten Legislaturperiode wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen begonnen. Ein Beispiel ist die Einstiegsqualifikation. Sie bietet denen, die noch Schwächen haben, die Möglichkeit, nicht sofort in eine Ausbildung im Sinne eines klassischen Ausbildungsvertrages einzusteigen, sondern zunächst eine Vereinbarung über eine Einstiegsqualifikation abzuschließen, mit der besondere Förderung und Entwicklung verbunden sind, um auf dieser Grundlage in Ausbildung zu kommen.

Bei den Zahlen aus dem letzten und aus diesem Jahr ist unübersehbar, dass die Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich positiver ist. Dies liegt an dem Rückgang der Zahl der Bewerbungen aufgrund der demografischen Entwicklung. Das hat schon im letzten Jahr dazu geführt, dass ein größerer Anteil der sogenannten Altbewerber, auf die Sie sich beziehen, in Ausbildung gekommen ist. Diesen Prozess wollen wir konsequent fortsetzen. Altbewerber kommen nun eher in Ausbildung – auch wenn aufgrund der wirtschaftlichen Situation hier und da ein Rückgang der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zu verzeichnen war –, weil die Zahl der Bewerbungen so deutlich gesunken ist. Allein in den nächsten zehn Jahren wird es einen Rückgang der Zahl der Schüler um insgesamt 20 oder 25 Prozent geben. Daher glaube ich, dass die Situation im Vergleich zu den Jahren, die hinter uns liegen, deutlich besser werden wird.

(C)

Der Ausbildungspakt hilft, weil er um qualifizierende Elemente erweitert worden ist und sich nicht nur auf die Frage konzentriert, wie viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Deshalb ist die Perspektive besser, als sie war.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Professor Neumann, bitte.

Dr. Martin Neumann (Lausitz) (FDP):

Sehr geehrte Frau Ministerin, bei einem wichtigen Programm, das in der Zielrichtung richtig und dringend notwendig ist, stellt sich immer auch die Frage nach der Treffsicherheit. Meine konkrete Frage an dieser Stelle lautet: Wie beurteilen Sie die Nachhaltigkeit dieses neuen Programms? Denn es kommt ja darauf an, nicht nur weitere Programme aufzulegen, sondern auch ein Problem langfristig tatsächlich zu lösen. – Ich bedanke mich.

(D)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich bewerte die Nachhaltigkeit und die Wirksamkeit – auch in Kenntnis der Programme, die es bislang gibt – als sehr hoch. Die zentrale Institution ist, den Schulen die Kompetenz zu geben, eine Potenzialanalyse zu machen. Schulen, die in das Programm aufgenommen werden wollen, müssen zum Beispiel nachweisen, dass es eine Lehrkraft gibt – so wie es Lehrer gibt, die andere Sonderaufgaben haben –, die den Schwerpunkt Berufswahlorientierung übernimmt. Hierbei handelt es sich um einen Kollegen oder eine Kollegin, der oder die die Aktivitäten koordiniert und die Verbindungen im Blick auf die Berufsorientierung herstellt. Es soll einen sogenannten Berufswahlpass geben.

Die Grundstruktur ist, Jugendliche, ausgehend von der Stärkenanalyse, zu begleiten, zu ermutigen und zu vermitteln. Dabei muss man schauen, welche individuelle Förderung notwendig ist. Dies geschieht über den Zeitpunkt des Schulabschlusses hinaus bis in das erste Ausbildungsjahr hinein. Diese personale Begleitung ist verbunden mit Elementen, mit Instrumenten, die wir

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) kennen und von denen die Experten sagen, dass sie uns viel Aufschluss über das geben, was möglich ist. Ich glaube, dass diese Verzahnung von unterschiedlichen Elementen und diese starke personale Komponente eine hohe Wirksamkeit ermöglichen. So war es jedenfalls bei den Modellversuchen, in denen die Erfolgsquoten deutlich höher lagen als in den – so haben wir es bislang hin und wieder bezeichnet – Warteschleifen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Hinz, bitte.

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, wenn ich Sie recht verstanden habe, dann legen Sie kein neues Programm auf, sondern weiten das alte Programm „Berufseinstiegsbegleitung“ aus. Jetzt sprechen Sie allerdings von Bildungsketten. Um Bildungsketten tatsächlich sicherzustellen, braucht man einen Anschluss. Meine Frage ist, ob Sie auch mit den Kammern Kooperationsvereinbarungen geschlossen haben. Sie hatten im Frühjahr angekündigt, dass Sie mit den Unternehmen und den Kammern reden und Kooperationsvereinbarungen schließen, weil es notwendig ist, dass die jungen Menschen, die eine Berufsorientierung bekommen haben, hinterher auch eine Ausbildungsstelle finden. Sonst landen wir wieder bei 1,9 Millionen jungen Menschen, die ohne Ausbildung irgendwo in Jobs sind und oft keine Möglichkeit haben, jemals eine Berufsausbildung nachzuholen.

- (B) Ganz konkret: Sehen solche Kooperationsvereinbarungen vor, dass auch ein Übergang in die Ausbildung stattfindet, und wollen Sie, ähnlich wie beim Hamburger Modell, die Kooperationsvereinbarungen mit der Wirtschaft so absichern, dass ein Qualifizierungsjahr nach der Schule dazu führt, dass das erste Jahr nach dem Curriculum des Berufsbildungsgesetzes stattfindet und auch auf die Ausbildung anrechenbar ist?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Die Frage ist: Was ist jetzt neu? Neu ist: Erstens. Wir gehen vom Modell in die Fläche.

Zweitens. Wir haben ausgewertet, welche Erfahrungen im Modell gesammelt wurden, und daraufhin das endgültige Konzept erarbeitet.

Drittens. Kooperationsvereinbarungen mit den Kammern, mit der Wirtschaft sind Teil der Verhandlungen im Ausbildungspakt und, so wie angekündigt, geplant. Die Kammern werden sich voraussichtlich an genau diesem Programm stark beteiligen. Das ist vergleichbar mit dem, was wir bei den Einstiegsqualifikationen schon praktiziert haben.

Ich bin auch deshalb zuversichtlich – Sie haben auf das Beispiel Hamburg hingewiesen –, weil die Unternehmen bei diesem Thema die gleiche Perspektive haben wie der schulische Bereich. Sie stellen fest: Jetzt ist für uns in allen Regionen in Deutschland zentral und bedeutsam, dass wir Qualifizierungsmaßnahmen mit dem

- Einstieg in die Ausbildung verbinden, weil wir diese jungen Leute brauchen. (C)

Ich fasse zusammen: Es geht um Kooperationsvereinbarungen im Kontext des Ausbildungspaktes und die Beteiligung der Kammern, übrigens auch als Bildungsträger, nämlich dann, wenn es um die neuen Personalmöglichkeiten geht. Ich glaube, dass auch hier gilt: Die demografische Entwicklung – denken Sie nur an die neuen Länder, wo es einen massiven Einbruch gibt – wird bei den Unternehmen eine große Bereitschaft erzeugen, diese jungen Leute auch tatsächlich zu nehmen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kretschmer, bitte.

Michael Kretschmer (CDU/CSU):

Frau Bundesministerin, Sie sind für dieses Programm sehr gelobt worden, auch von den Kammern. Können Sie uns etwas zur Nachhaltigkeit sagen? Wie ist gesichert, dass dies nicht ein Prozess ist, der irgendwann endet, sondern dass wir das, womit wir jetzt beginnen, auf Dauer haben werden?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ein noch nicht genanntes Element der Nachhaltigkeit ist, dass mit dem Einstieg in die Ausbildung, also in dem Moment, in dem der Jugendliche in eine Ausbildung gekommen ist, die Begleitung nicht aufhört. Wenn der Eindruck entsteht, dass es wichtig ist, einen bestimmten Jugendlichen weiter zu begleiten, dann setzt der Teil des Programms ein, der die ehrenamtliche Begleitung eines Einzelnen, also im Verhältnis eins zu eins, vorsieht, und zwar – sofern erforderlich – über die gesamte Ausbildung. Deshalb wird auch von „Kette“ gesprochen. Denn wir wissen: Im ersten Ausbildungsjahr ist die Abbruchquote am höchsten. In der Zeit, in der es diese Klippe gibt, wird die Begleitung des Jugendlichen fortgesetzt werden. Auch das halte ich für ein gutes Zeichen von Nachhaltigkeit. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Frau Ministerin, ich möchte zwei kleine Vorbemerkungen machen: Wäre es nicht günstiger, wenn wir von „Bildungsbrücken“ und nicht von „Bildungsketten“ sprechen würden? Denn die jungen Menschen sollen sich ja angenommen und geleitet fühlen, und die Assoziationen bei dem Wort „Kette“ sind manchmal eher andere.

Meine zweite Vorbemerkung. Der Herr Kollege Kretschmer hat eben angesprochen, dass Sie für das Programm gelobt worden sind. Ich erinnere aber auch daran, dass sich gerade die Kammern gefragt haben, weshalb eigentlich aus dem Bundesbildungsministerium heraus ein Parallelprogramm zu dem, was das Bundesarbeitsministerium schon lange gemacht hatte, entwickelt werden sollte. Wir freuen uns, dass Sie an dieser Stelle auf

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) das Bundesarbeitsministerium und die BA zugegangen sind. Insoweit ist das Programm die Verlängerung dessen, was die zuständigen Minister in der Großen Koalition mit vorbereitet haben. Damit können SPD und CDU/CSU jetzt entlang der gleichen Linie weiterarbeiten – auch über Sie.

Meine zwei Fragen: Erstens. Ist beabsichtigt, die Berufseinstiegsbegleiter entsprechend einer Quotierung auf die Bundesländer zu verteilen, oder soll das unabhängig von einer Zuteilung auf die jeweiligen Bundesländer erfolgen?

Zweitens. Wir verstehen es so, dass es eine Profilanalyse geben soll. Ist vorgesehen, dass diese Profilanalyse bei allen Schülern der jeweiligen ins Auge gefassten siebten Klassen vorgenommen werden soll, oder geschieht das individuell?

Ich stelle diese Fragen, damit wir dieses Programm auch in der Fläche gut erklären können.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Zu Ihrer ersten Frage. Es gibt keine Länderquote, sondern die Verteilung ergibt sich letztlich aus dem Anteil junger Leute ohne Hauptschulabschluss in einem Bundesland. Eine entsprechende Liste und die Prozentzahlen liegen vor. Der Anteil der Hauptschüler ohne Abschluss liegt in den 16 Bundesländern zwischen 0,8 Prozent und um die 22 Prozent. Aufgrund der Logik, die ich eben beschrieben habe, ist klar: Das muss der Schlüssel sein.

- (B) Zur zweiten Frage. Hinsichtlich der Potenzialanalyse beziehen wir uns in diesem Programm natürlich auf die Schüler, die in diesem Kontext seitens der Schule als diejenigen ausgewählt werden, von denen man sagt: Da ist es besonders wichtig. – Die Potenzialanalyse spielt in den Plänen der Länder aber generell eine sehr viel größere Rolle. Wenn ich es richtig sehe, dann gehört zu einer anderen Vereinbarung auf dem Dresdener Gipfel – und zwar in dem Kontext der Verringerung der Schulabbrecherquote – genau dieses Instrument als ein generelles Instrument in Klasse 7.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Schummer.

Uwe Schummer (CDU/CSU):

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal ein gemeinsames Ziel von Bund und Ländern benannt, nämlich die Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss. Ist erkennbar, dass durch die frühzeitige Berufsorientierung, die von der Bundesregierung jetzt seit einigen Jahren vollzogen wird, diese Abbrecherquote der Schüler zurückgegangen ist?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen ohne Schulabschluss ist zurückgegangen. Die Zahl, die mir noch vor einigen Jahren vorlag und über die wir auch in diesem Hause gesprochen haben, lag bei 80 000. Sie war schon

deutlich höher. Selbst wenn man einen längeren Zeitraum in den Blick nimmt, muss man feststellen: Die Zahl derer ohne Schulabschluss ist nicht gestiegen, sondern sie ist kontinuierlich abgebaut worden – mit unterschiedlichem Erfolg in den Bundesländern, wie die Zahlen zeigen; das ist wahr.

Wir haben jetzt über einen Zeitraum von, ich glaube, drei Jahren eine Reduzierung von 80 000 auf 60 000 erlebt, sodass ich das Ziel, das wir uns gesetzt haben, nicht für unrealistisch halte, zumal hinzukommt – das sage ich auch noch im Hinblick auf das, was Herr Rossmann gesagt hat –, dass wir nicht nur mithilfe der BA an der einen oder anderen Stelle etwas tun – das war ja schon in der letzten Legislaturperiode auf unsere Anregung hin mit einzelnen Ländern so vereinbart –, sondern dass wir das jetzt zu einem regulären Instrument in allen 16 Bundesländern machen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Hein.

Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE):

Frau Ministerin, wir haben nicht nur eine geringere Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern, sondern auch Fachkräftemangel und sinkende Ausbildungsplatzzahlen. Insofern ist es schwierig, das zu vermitteln.

Ich glaube nicht, dass das Programm der Bildungsbegleiter die eigentliche Ursache beheben kann. Ich denke, sie liegt im System Schule begründet; es geht nicht so sehr um die Frage, wie man die Jugendlichen in den Beruf begleitet. Ein solches Programm kann das Problem sicherlich lindern, aber nicht beheben.

Meine erste Frage ist, welche Förderinstrumente zusammengeführt werden sollen bzw. welche wegfallen. Meine zweite Frage ist, was Sie unter bildungsgefährdeten Schülerinnen und Schülern verstehen.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Zu Ihrer letzten Frage: Das sind Schülerinnen und Schüler, bei denen die Gefahr besteht, dass sie Bildungsangebote, die ihnen in der Schule gemacht werden, nicht in Anspruch nehmen. Die Bildungsforscher haben in vielfacher Weise einen engen Zusammenhang zwischen dem soziokulturellen Umfeld, zum Beispiel schwierigsten familiären Verhältnissen, und der Möglichkeit beschrieben, die vorhandenen Chancen zu nutzen.

Bei Fachbegriffen kann man sich sicherlich die Frage stellen, ob das, was damit gemeint ist, darin auch zum Ausdruck kommt. Man kann immer neue Begriffe erfinden. Ob man Kette oder Brücke sagt, sei dahingestellt; die Tatsache ist jedenfalls klar.

Wenn Sie die Ursache des Problems im System Schule sehen, dann möchte ich darauf hinweisen – auch das gehört zu der Diskussion über unser Bildungssystem –, dass zwischen 2007 und 2009 im OECD-Vergleich ein Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit – dazu zählen Jugendliche bis 25 Jahre – um 6 Prozent zu verzeichnen war. Im Durchschnitt liegt die Jugendarbeitslosigkeit in dieser

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) Altersgruppe bei 19 Prozent. In Deutschland gab es in dem genannten Zeitraum einen Rückgang, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 10 Prozent.

Das zeigt, dass unser Zusammenspiel von allgemeiner und beruflicher Bildung eine sehr starke Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit darstellt, und zwar auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. In Deutschland kommt wie in manch anderem europäischen Land eine demografische Entwicklung hinzu, die das Interesse der Unternehmen steigen lässt, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Es ist richtig, dass die Zahl der Ausbildungsverträge zurückgegangen ist, und zwar der letzten Statistik im Berufsbildungsbericht zufolge um 8,2 Prozent. Die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen ist noch stärker zurückgegangen. Insofern hat sich die Situation, zumindest was die Chancen der Jugendlichen angeht, verbessert, und das wird sich in den nächsten Jahren massiv fortsetzen.

Welche Elemente sind zusammengeführt worden? Zusammengeführt wurden, wie gesagt, die Potenzialanalyse, also die Analyse von Stärken, und das darauffolgende Erstellen eines individuellen Förderplans für die letzten Schuljahre, verbunden mit einer Berufsorientierung. Die Berufsorientierung wird zu unterschiedlichen Zeiten angeboten. Berufsorientierung klingt lapidar, aber die Erfahrung hat gezeigt, dass genau dadurch die Jugendlichen neu motiviert wurden, zu klären, welche Richtung sie einschlagen wollen und welche Kompetenzen, bis hin zu zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen, dafür notwendig sind. Bei Qualifizierungsmaßnahmen in der Ausbildung denke ich etwa an die sozialpädagogischen Ausbildungshilfen, die gerade in schwierigen Fällen in der ersten Ausbildungsphase eine wichtige Rolle spielen und die Arbeit der Ausbilder unterstützen.

- (B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kamp, bitte.

Heiner Kamp (FDP):

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich hätte gerne gewusst, ob die Potenzialanalyse bundesweit und zeitlich einheitlich verläuft, und wenn nicht, wer die Kriterien festlegt.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Seitens des Bundes sind von einer Expertengruppe Mindeststandards für diese Potenzialanalysen erarbeitet worden, die jetzt allen 16 Ländern zur Verfügung stehen. Auf dieser Grundlage werden die Analysen erstellt werden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Deligöz.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, man kann heute der Zeitung entnehmen, dass der Anteil der Migrantinnen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, von Tag zu Tag zunimmt und in-

zwischen eine sehr hohe Zahl erreicht hat. In der Altersgruppe der über 20-Jährigen besitzt derzeit jeder dritte Mensch mit Migrationshintergrund keinen Abschluss. Ihre Kollegin in Niedersachsen, Frau Özkan, sagt in diesem Zusammenhang, Begleitung allein reiche da nicht aus, sondern man brauche mehr. Erstens würde mich natürlich interessieren, wie Sie zu den diesbezüglichen Forderungen Ihrer Kollegin stehen, die ja eindeutig sagt, dass eine Bildungskette mit Profiling und Begleitung, wie Sie es nennen, in der Form nicht ausreichend ist. (C)

Bei meiner zweiten Frage geht es um den von Ihnen verwendeten Begriff Zielgenauigkeit. Wie werden Sie die Bildungslotsen qualifizieren und auswählen, um ganz besonders auch Migrantinnen und Migranten zu erreichen?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

In der Gruppe der Menschen ohne Schulabschluss liegt in der Tat der Anteil der Migranten je nach Land bei bis zu 40 Prozent. Deshalb ist klar, dass dieses Programm nicht die einzige Antwort auf dieses Thema sein kann. Wir haben schon in den letzten Jahren viel erreicht, bis hin zu Regionalkonferenzen etwa mit Unternehmen mit eigener Migrationsgeschichte, um diese Unternehmen und Unternehmer sowie ihre Ausbilder als Brückenbauer zu gewinnen. Sowohl im Bereich der Ausbilder als auch im Bereich der Berufsbegleiter ist es wichtig, auch Menschen mit eigener Migrationsgeschichte zu finden, die die spezifischen Probleme kennen. Hinzu kommen natürlich die Maßnahmen, die im Nationalen Integrationsplan vereinbart worden sind. Für diese Gruppe der Jugendlichen spielt zum Beispiel die Erweiterung der Sprachkompetenz eine große Rolle. Ebenso wichtig ist es, Unternehmen zu finden, die unsere deutsche Ausbildungskultur auch praktizieren. Ein hoher Prozentsatz der Unternehmen, deren Besitzer eine Migrationsgeschichte haben, hat über eine lange Zeit diese Ausbildungskultur gar nicht praktiziert. Im Zusammenhang mit dem Nationalen Integrationsplan ist hier ein sehr viel weitergehendes Bündel verabredet worden. Das ist nur ein Baustein, allerdings wird dieser Baustein auch bei diesen Jugendlichen eine hohe Wirksamkeit entfalten. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Feist, bitte.

Dr. Thomas Feist (CDU/CSU):

Frau Ministerin, auch ich möchte gern noch einmal bei den Berufseinstiegsbegleitern, den sogenannten Bildungslotsen ansetzen. Im Gespräch mit den Kammern ist mir signalisiert worden, dass vor allen Dingen die älteren Menschen ein sehr großes Interesse haben, ihre Erfahrungen in diesem Bereich mit einzubringen. Deswegen meine Frage: Inwiefern wird die Arbeit der hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleiter möglicherweise durch ehrenamtliches Engagement erweitert und verstärkt werden können?

(A) **Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Neben den hauptamtlichen Begleitern wird es ehrenamtliche Begleiter geben, nicht so sehr für die Phase der Schulzeit, sondern für die Begleitung insbesondere nach dem ersten Ausbildungsjahr, also gleichsam eine Begleitung mit Blick auf die Kontinuität des Ausbildungsverhältnisses. Diese ehrenamtlichen Begleiter können sich beim Senior-Experten-Service bewerben, der ja bereits existiert. Das Arbeitsministerium ist mit einbezogen. Es ist in der Tat interessant, dass sich schon am Tag der Pressekonferenz eine Menge älterer Menschen oder Senioren gemeldet haben, die zum Teil eine pädagogische Qualifikation besitzen oder auf eine pädagogische Laufbahn oder eine Ausbilderlaufbahn zurückblicken und nun sagen: Hier würde ich mich gerne engagieren. – Ich finde, das ist eine gute Ergänzung und ermöglicht uns, nicht am Tag des Beginns der Ausbildung aufzuhören, sondern sehr individuell etwas für die Kontinuität der Ausbildung zu tun, weil sich ein Begleiter um einen Jugendlichen kümmert.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die letzte Frage kommt von Frau Sager.

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Frau Ministerin, die Risikogruppe, über die wir sprechen, wird zum Teil mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit – ich nenne als Stichworte das Nachholen eines Hauptschulabschlusses oder die Berufsausbildungsbeihilfe – gefördert. Nun haben wir aber erfahren, dass es im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung erhebliche Einsparungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik geben soll. Die Rede ist von 16 Milliarden Euro bis 2014. Jetzt stellt sich die Frage: Werden die Maßnahmen für die Risikogruppe, über die wir reden, von diesen Einsparungen betroffen sein? Kann das Bundesbildungsministerium etwas dafür tun, dass sich die Chancen dieser Risikogruppe, einen Hauptschulabschluss nachzuholen, nicht verschlechtern?

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ja, das kann es. Das Programm sieht vor, dass der Wechsel vom Modell in die Fläche ergänzend aus dem Bildungshaushalt bezahlt wird und dass die Bundesagentur für Arbeit in diesem Kontext die Rolle des Projektträgers wahrnimmt, und zwar mit Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Budgets. Das ist die Chance, damit in die Fläche zu gehen. Die gemeinsame Finanzierung aus BA-Mitteln wie bisher und den Mitteln des BMBF ist gesichert und wird nicht von den Sparmaßnahmen betroffen sein.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das haben wir im Protokoll!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit beende ich die Befragung der Bundesregierung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

– Drucksachen 17/2059, 17/2111 –

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich gemäß Ziffer 10 Abs. 2 der Richtlinien für die Fragestunde die dringliche Frage 1 der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink auf Drucksache 17/2111 auf:

Was plant die Bundesregierung sofort zu tun, um im Falle einer Insolvenz der City BKK oder der BKK Heilberufe oder beider Betriebskrankenkassen, von der verschiedene Zeitungen (*Süddeutsche Zeitung*, *Der Spiegel*, *Handelsblatt* und andere) am 14. Juni 2010 berichteten, den Verbund der Betriebskrankenkassen durch die Haftung für die Insolvenz nicht selbst in Bedrängnis zu bringen und einen Dominoeffekt innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen zu verhindern?

Es geht um den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Der Parlamentarische Staatssekretär Daniel Bahr steht zur Beantwortung bereit.

Bitte, Herr Staatssekretär.

Daniel Bahr, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Klein-Schmeink, die Bundesregierung sieht derzeit keinen gesetzlichen Handlungsbedarf. Akut von einer Schließung bedroht ist nach unseren Erkenntnissen nur die City BKK, da Bemühungen, eine Vereinigung dieser Krankenkasse mit anderen Krankenkassen herbeizuführen, keinen Erfolg gehabt haben. Bei anderen Betriebskrankenkassen ist die Finanzlage als nicht so vergleichbar kritisch anzusehen wie bei der City BKK. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, dass bei diesen Krankenkassen eine Vereinigung mit einer anderen Betriebskrankenkasse zustande kommt. Das im Fall einer Schließung der City BKK von den übrigen Betriebskrankenkassen zu tragende Haftungsvolumen dürfte nicht zu einer Überforderung des Systems der Betriebskrankenkassen führen. Der BKK-Bundesverband prüft derzeit zusammen mit den Landesverbänden der Betriebskrankenkassen eine tragfähige Umsetzung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Klein-Schmeink, eine Nachfrage?

Maria Anna Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ihrer Antwort entnehme ich, dass es aus Ihrer Sicht keinen ausdrücklichen Handlungsbedarf gibt. Können Sie für dieses Jahr ausschließen, dass eine größere Ersatzkrankenkasse in Zahlungsschwierigkeiten gerät, und, falls ja, welche Auswirkungen hätte dieser hypothetische Fall für das System der Ersatzkrankenkassen?

Daniel Bahr, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit:

Die mir in der Frage unterstellte Äußerung, es gebe keinen Handlungsbedarf, weise ich zurück; das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass es keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt; denn es gibt klare Regeln, die der letzte Bundestag in Gesetzesform gegos-

(C)

(D)